



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 24.04.2024, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Fragestunde für die Einwohnerschaft

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Seitens der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt. OBM **Dr. Knecht** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2 Franck-Areal – Weiteres Vorgehen Vorl.Nr. 095/24

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** führt in das Thema ein. Das Franck-Areal biete als Teil des Bahnhofsareals viele Besonderheiten. Als ehemaliges Industriegelände halte es jedoch auch viele Herausforderungen bereit.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert BMin **Schwarz** den Sachverhalt.

Das Franck-Areal sei ein Teil des Bahnhofsquartiers, hebt Stadtrat **Braumann** hervor und könne nicht isoliert gesehen werden. Die Vorgehensweise sei richtig, viele Verfahren laufen parallel. Der Ort sei hochverdichtet und habe ein hohes Entwicklungspotential. Der Schwerpunkt solle beim innovativen Gewerbe liegen, wie auch Kunst und Kultur einzubeziehen.

Stadtrat **Sorg** geht auf die Beratung im Bauausschuss ein und spricht sich weiterhin für einen Club aus. Es solle die Chance für Kreativräume offengehalten und die Zwischennutzung weitergeführt, sowie an den nachhaltigen und innovativen Zielen der IBA festgehalten werden.

Stadtrat **Remmele** könne sich auf diesem Kleinod an einem äußerst zentralen Punkt auch Wohnen in der Zukunft, in Verbindung mit denkmalgeschützten Gebäuden, vorstellen. Der Bahnhof müsse vorrangig behandelt werden.

Man solle nichts erzwingen, sagt Stadträtin **Liepins** und solle sich in Ruhe die Möglichkeiten überlegen. Ein Club wäre gut.

Das Areal gehöre bereits seit vier Jahren der Stadt, sagt Stadtrat **Eisele**. Es gehe Gewerbesteuer verloren, moniert er und fragt nach den Einnahmen aus der Interimsnutzung. Er geht auf den Wettbewerb ein und meint, dass die Vorgaben zu hoch gewesen seien. Die Gebäude 26 und 27 seien nicht unbedingt erhaltenswert. Eine Clubnutzung sei gut. Er könne sich dies auch interimsweise für die nächsten drei Jahre vorstellen. Zudem sei die zweite Unterführung dringend nötig.

Stadtrat **Müller** hofft auf Klarheit für die zweite Unterführung. Er sieht das Areal als zentrales Element in der Kernstadt.

Das Gelände sei sehr wertvoll und es solle kein Schnellschuss erfolgen, meint Stadträtin **Kainz**. Die Mieten sollen weiterhin finanzierbar, auch für die jetzigen Nutzer, sein. Sie unterstütze eine Clubnutzung.

Stadtrat **Juraneck** appelliert an die benachbarte Firma, sich diesem Verfahren anzuschließen, vor allem hinsichtlich der Nutzung der Außenanlagen.

Nach dieser kurzen Aussprache teilt OBM **Dr. Knecht** mit, die Frage von Stadtrat Eisele nach den derzeitigen Mieteinkünften vom Franck-Areal, werde im Nachgang zur Sitzung beantwortet. Er dankt allen Beteiligten.

Beschluss:

- ~~1.) Der Gemeinderat übt das aufgrund der Preisanpassung des VVS vorhandene Sonderkündigungsrecht aus und kündigt das StadtTicket bis spätestens Ende April 2024 zum 31.7.24.~~

Falls dieser Beschlussvorschlag abgelehnt wird, folgt die Abstimmung über Beschlussziffer 2:

- 2.) Der Gemeinderat nimmt die Preisanpassung des VVS ab 01.08.2024 (StadtTicket 1 Person: bisher 3,50 Euro, zukünftig 3,80 Euro; StadtTicket Gruppe bisher 7,00 Euro, zukünftig 7,60 Euro; Preise vorbehaltlich VVS-Gremienbeschlüsse im April) zur Kenntnis und beschließt eine Fortführung des StadtTicket zu diesen geänderten Konditionen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Zunächst wird über Beschlussziffer 1 abgestimmt:

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 1 Ja-Stimme, 31 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Somit wird danach über Beschlussziffer 2 abgestimmt:

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Clausen
- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Link
- Stadtrat Schreiber
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** merkt an, dass WIN LB hier, wie auch unter Tagesordnungspunkt 6, konkret erlebbar werde. Er betont, dass die Vorschläge von der Verwaltung mit Achtsamkeit, Vernunft, Verstand und Abwägung vorbereitet worden seien. Durchaus wirken diese in die Mitarbeiterschaft, in die Stadtgesellschaft und in die Vereine oder Institutionen hinein. Der Prozess erfolge gemeinsam mit dem Gemeinderat und ringe der Verwaltung, wie auch dem Gremium, viel ab. Die Diskussion solle sachlich, fair

und ohne Emotionen geführt werden. OBM Dr. Knecht verweist auf die öffentliche Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 18.04.2024 und die dort gefasste Beschlussempfehlung.

BM **Manni** erläutert den Sachverhalt und geht auf die Vorlage ein. Das Stadtticket unterliege einem Wandel. Unter anderem gebe es durch das Deutschlandticket weitere Angebote. Der VVS als Betreiber habe die Preise angepasst.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Beratung im Ausschuss und die dortige einheitliche Zustimmung, mit Ausnahme der FDP-Fraktion, ein. Das Stadtticket müsse unbedingt fortgeführt werden, eine kleine Preiserhöhung werde von der Bevölkerung mitgetragen. Ohne Stadtticket werde eine Fahrt nach der Erhöhung rund 6,50 Euro kosten. Dies sei zu teuer, um in die Stadt zu fahren. Die Menschen wollen mobil sein, auch im Alter.

Stadtrat **Herrmann** geht auf WIN LB ein. Viele Vorschläge werden seit Jahren diskutiert und seien teilweise bereits beschlossen. Deshalb könne bei vielen Maßnahmen auf die Beratung durch die Firma Rödl & Partner verzichtet werden, wengleich eine externe Beratung zum Thema Umorganisation der Verwaltung befürwortet werde. Seine Fraktion gehe zwar heute beim Stadtticket mit, wengleich dies den ÖPNV strukturell nicht voranbringe und er fordere die Parkgebühren im Gegenzug nicht exorbitant zu erhöhen. Seiner Fraktion sei die freie Wahl des Verkehrsmittels wichtig. Die LVL sei stets ein verlässlicher Partner, betont er ausdrücklich. In den letzten Jahren sei der ÖPNV für die Nutzer spürbar vergünstigt worden, unter anderem durch das Deutschlandticket. Erneut müsse über das Stadtticket und andere Vergünstigungen für den ÖPNV diskutiert werden, falls durch die noch unklare Finanzierung des Deutschlandtickets Kosten auf die Kommune zukommen werden und die laufenden Kosten für die Stadtbahn bekannt seien. Seine Fraktion werde Ziffer 2 zustimmen.

Stadtrat **Raasch** bedauert, dass die Stadt bei der Preisgestaltung nicht eingreifen könne. Seine Fraktion stehe hinter dem ÖPNV und wolle dies weiterhin unterstützen. Dadurch werde auch der Einzelhandel gestärkt. Durch die Bordrechner werden künftig die Busse verlässlicher. Seine Fraktion werde Ziffer 2 zustimmen.

Stadtrat **Maier** verweist auf den Umweltaspekt und zeigt sich stolz darauf, das erfolgreiche Stadtticket mit vorangebracht zu haben. Seine Fraktion halte vor, wie auch nach der Wahl, am Stadtticket fest. Das lokale Busunternehmen werde gestärkt. Die Parkhäuser werden entlastet, lasse mehr Parker aus dem Umland zu und stärke die lokale Wirtschaft. Das Stadtticket werde als Ergänzung gesehen.

Das Stadtticket solle nicht für einen Umstieg auf den ÖPNV, sondern unterstütze nur die, die gelegentlich Bus fahren, sagt Stadträtin **Knecht**. Sie spricht sich für einen

attraktiven, bezahlbaren ÖPNV aus. Eine Alternative zum Umstieg sehe sie in einem günstigen Deutschland-Ticket. Ihre Fraktion werde sich heute enthalten. Die Auswirkungen für die Stadtgesellschaft seien vertretbar.

Im Rahmen des WIN LB- Prozesses könne dieser Vorschlag nachvollzogen werden, meint Stadtrat **Müller**, wenngleich der Gemeinderat die Entscheidung sinnvoll abzuwägen habe. Er übt Kritik an der Formulierung der Beschlussempfehlung.

Ludwigsburg liege bei den Freiwilligkeitsleistungen auf einem hohen Niveau, merkt Stadträtin **Kainz** an und dies könne sich positiv auf die Gewerbeansiedlungen auswirken. Die Vorlage habe eine Außenwirkung. Sie spricht sich unter anderem im Sinne des Klimaschutzes, der Lebensqualität, der Verkehrswende und Mobilität auch für die unteren Einkommensgruppe für das Stadtticket aus.

Grundsätzlich sei die Hinterfragung der Zuschüsse richtig, sagt Stadtrat **Dogan**. Man brauche eine entsprechende Kosten-Nutzen-Analyse im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Er habe bedenken, dass die Innenstadt und eine bestimmte Bevölkerungsschicht unter einer Einstellung des Stadttickets leiden werde. Er werde deshalb ebenso Ziffer 2 zustimmen.

BM **Mannl** geht auf das Nutzerbild ein. Man spreche von klassischen Gelegenheitsnutzern. Um einen Umstieg zu erreichen, müsste auf andere Produkte zurückgegriffen werden. Das Gruppenticket werde insbesondere während des Weihnachtsmarktes genutzt. Die Preisgestaltung obliege den VVS- Gremien. Wenn mehr fahren, müsse mehr bezahlt werden, so BM Mannl. Die Nachfrage steige, wenn das Deutschlandticket teurer werden sollte. Man trage das Kostenrisiko und arbeite mit Erfahrungswerten.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über Beschlussziffer 1 abstimmen. Nachdem diese abgelehnt wird, lässt er sodann über Beschlussziffer 2 abstimmen.

Beschluss:**Erhöhung des Zuschusses für den Erbbauzins:**

1. Der bisherige Zuschuss für den Erbbauzins in Höhe von 4.524,93 EUR wird in Relation zu der Erhöhung des laufenden Erbbauzinses gem. der vertraglich hinterlegten Wertsicherungsklausel um 3.904,18 EUR erhöht. Daraus ergibt sich ein jährlicher Zuschuss zum Erbbauzins in Höhe von 8.429,11 EUR. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt zum 01. März des jeweiligen Jahres.
2. Die Erbbauzinsnachforderungen werden mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 2.877,48 EUR ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Clausen
- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Link
- Stadtrat Schreiber
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 18.04.2024 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 085/24 Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Gemäß § 10 BauGB wird der Bebauungsplan "Stadionvorfeld" Nr. 049_02_01; Änderung des Bebauungsplans "Stadionvorfeld" Nr. 049/02 vom 21.03.2024 entsprechend der Anlagen 1 – 3 als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Clausen
- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Link
- Stadtrat Schreiber
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 11.04.2024 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 059/24 Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

- 1) Die Flüchtlingssozialarbeit wird zum 01.01.2025 an den Landkreis Ludwigsburg zurückdelegiert.
- 2) *Mit Stichtag zum 30.09.2025 wird dem Gemeinderat von der Verwaltung ein Erfahrungsbericht vorgelegt, der folgende Aspekte umfasst: Aufgabenfelder, Fallzahlen und Personalbemessung. Bis dahin wird das dafür zuständige Team nur mit 2,5 VZÄ ausgestattet.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Clausen
- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Haag
- Stadträtin Knecht
- Stadtrat Link
- Stadtrat Schreiber
- Stadträtin Dr. Traub

Befangen: - Stadträtin Liepins
- Stadträtin Metzger

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklären sich die Stadträtinnen **Liepins** und **Metzger** für befangen, rücken vom Sitzungstisch ab und nehmen im Zuhörerraum Platz.

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 16.04.2024 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Vorab geht er auf seine Vorrede zu Tagesordnungspunkt 3 ein. Er lobt die herausragende Arbeit des Fachbereiches. Die Verwaltung befinde sich in einem Dilemma.

EBMin **Schmetz** erläutert den Sachverhalt und geht auf die Vorlage ein. Das Team sei krisenfest und leiste sehr gute Arbeit. Gleichwohl müsse man im Rahmen von WIN LB auch die Wirtschaftlichkeit abwägen. Sie geht auf den Status Quo ein, unter anderem nennt sie die Qualitätsstandards und den höheren Betreuungsschlüssel. In der Gesamtabwägung werde seitens der Verwaltung jedoch die Rückdelegation vorgeschlagen.

Der **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe und Sport geht im Falle der Rückdelegation auf das neu zu bildende Team mit dem Fokus auf die Schnittstellenthemen der Behörden, den Bereich Integration in die Stadtteile, Ehrenamt- und Beschwerdemanagement sowie Umsetzung des Sicherheitskonzeptes ein. Der Fokus des Landkreises liege bei der Einzelfallhilfe und nicht auf der Gemeinwesenarbeit.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** dankt für die detaillierte Ausführungen. Sie dankt für die engagierte und kompetente Arbeit, wengleich sie einer Rückdelegation zustimmen werde. Gemeinsam müssen Entscheidungen getroffen werden. Im Sinne der Geflüchteten und der Mitarbeitenden sollen nachhaltige Lösungen gefunden werden. Ihre Fraktion werde Ziffer 1 der Vorlage zustimmen. Zu Ziffer 2 wünscht sie folgende Ergänzung: „Mit Stichtag zum 30.09.2025 wird dem Gemeinderat von der Verwaltung ein Erfahrungsbericht vorgelegt, der folgende Aspekte umfasst: Aufgabenfelder, Fallzahlen und Personalbemessung“. Die langfristige Notwendigkeit der fünf verbleibenden Stellen müsse überprüft werden.

Stadtrat **Meyer** lobt die gute und erfolgreiche Arbeit im Bereich der Flüchtlingsbetreuung. Er erinnert, dass man 2017 mit 2,5 Stellen begonnen habe. Die heutige Entscheidung falle dem Gremium nicht leicht. Der Landkreis arbeite teilweise mit denselben Trägern, wengleich der Schlüssel höher sei. Er warnt davor, Aufgaben doppelt zu bezahlen. In der Stadt gebe es eine Vielzahl anderer Aufgaben für Sozialarbeiter. Er geht ebenso auf die Anzahl der verbleibenden Stellen unter Ziffer 2 ein und wünscht hierzu eine Evaluation. Ergänzend solle der Stichtag 30.09.2025 aufgenommen werden.

Die Personalfragen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse seien sozialverträglich gestaltet, meint Stadtrat **Weiss**. Andere Städte haben die Aufgabe bereits an das Landratsamt zurückgegeben. WIN LB müsse ernst genommen werden. Variabel müsse die Notwendigkeit der Anzahl der verbleibenden Stellen geprüft werden. Das Integrationsmanagement sei durch den Übergang an die AWO und die Karlshöhe gesichert. Seine Fraktion werde der Vorlage mit dem Ergänzungsvorschlag von Stadträtin Shoaleh zustimmen.

Durch den Sparzwang sei man gezwungen die Zuständigkeiten und Doppelstrukturen zu untersuchen, sagt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Er dankt für die hervorragende Arbeit. Er fragt nach den Erfahrungen der Landkreiskommunen, bei denen die Arbeit bereits der Landkreis übernommen habe. Ursprünglich sei der Betreuungsschlüssel beim Landkreis sehr hoch gewesen und die Stadt habe deshalb für ein eigenes Modell entschieden. Zwischenzeitlich habe sich der Schlüssel angenähert. Die Anzahl der verbleibenden Stellen solle noch geklärt werden. Die Angebote der Vereine und das ehrenamtliche Engagement werde weiterhin bestehen, unabhängig der Zuständigkeit. Er geht auf die Personalsituation und die Zusage des Oberbürgermeisters ein, wengleich es für einzelne Mitarbeitende persönlich schwierig sei und hofft auf ein Entgegenkommen der Personalabteilung. Er fragt, ob bei den Personalaufwendungen die verbleibenden 5 Stellen bereits berücksichtigt

seien.

34 Kommunen in Baden-Württemberg haben bereits die Flüchtlingssozialarbeit beim Landkreis verortet, so Stadtrat **Heer**. Die Kosteneinsparung sei enorm. Er könne sich Synergieeffekte vorstellen, wenn alles in einer Hand liege. Sofern die Qualität sinke, müsse nachgesteuert und dies dem Landkreis rückgespiegelt werden. Seine Fraktion stimme der Vorlage vor.

Stadträtin **Schmidt** fällt die Entscheidung schwer. Sie bemängelt die fehlende Stellungnahme des Personalrates und des Integrationsrates.

Stadträtin **Kainz** stimmt der Vorlage zu. Sie fordert jedoch ebenso eine Stellungnahme des Integrationsrates ein.

Stadtrat **Dogan** kritisiert das Land für die unzureichende Förderung. Weitere Geflüchtete werden hinzukommen. Die Standards können auf demselben Niveau nicht gehalten werden. Er wünscht mehr Information zu den künftigen Änderungen.

Bei den angegebenen Personalkosten handelt es sich um 5 Stellen, so der **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe und Sport. Der Betreuungskorridor liege beim Landratsamt höher. Die Einbindung des Personalrates in den Prozess sei erfolgt. Die Zahl der Stellen könne auf 2,5 reduziert werden.

Mit den betroffenen Mitarbeitenden werden Einzelgespräche geführt, merkt EBMin **Schmetz** an. Gespräche zu Stellenangeboten mit dem Landkreis laufen bereits. Zudem gebe es weitere Bereiche der sozialen Arbeit bei der Stadt. Kündigungen werden nicht erfolgen.

Befristete Stellen werden nicht verlängert, fügt OBM **Dr. Knecht** hinzu.

Mit Einverständnis des Gremiums beteiligt sich spontan ein **Mitglied** des Integrationsrates an der Aussprache. Von Seiten des Integrationsrates könne er eine Rückdelegation nicht befürworten. Die Betreuung durch die Stadt sei sehr gut, so seine bisherige Erfahrung. Der höhere Schlüssel des Landratsamtes führe zu einer schlechteren Betreuung, auch die Wegstrecken zwischen den zu betreuenden Einrichtungen nehmen entsprechend mehr Zeit in Anspruch. Für die Integrationsarbeit sei das Vorhaben katastrophal. Die Ehrenamtsarbeit gelinge gerade durch die bisherige enge Anbindung besonders gut.

OBM **Dr. Knecht** dankt dem Vorredner für die ehrliche und offene Einschätzung. Das Statement bestätige die momentane Situation der Verwaltung und des Gremiums, wengleich weitere Entscheidungen noch anstehen werden. Die Stadt müsse handlungsfähig bleiben. Die Aufgabe werde künftig durch das Landratsamt sichergestellt.

EBMin **Schmetz** geht auf die Evaluationsansprüche ein. Künftig werde vermutlich kein Zugriff auf die Fallzahlen möglich sein. Die Rahmenbedingungen ändern sich

und seien nicht vergleichbar. Der höhere Betreuungsschlüssel werde sich bei der Qualität bemerkbar machen. Sie geht davon aus, dass der Landkreis eine örtliche Bündelung vornehme, um die Wegezeit gering zu halten.

OBM **Dr. Knecht** ergänzt den von Stadträtin Shoaleh gestellten, abweichenden Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt. Er lässt über diesen geänderten Vorschlag Beschluss fassen.

Im Anschluss treten die Stadträtinnen **Liepins** und **Metzger** wieder in die Sitzung ein und nehmen am Sitzungstische Platz.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) der NaturVision Ludwigsburg gGmbH wird ermächtigt, die CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart zum Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse 2023 und 2024 zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Clausen
- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Haag
- Stadträtin Knecht
- Stadtrat Link
- Stadtrat Schreiber
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, der Beschluss liege im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsausschusses. Dieser tage im April aber nicht, daher habe er diesen Punkt auf die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzt. Nachdem im Anschluss auf Sachvortrag und Aussprache seitens des Gremiums verzichtet wird, lässt er sogleich über die Vorlage Beschluss fassen.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** gibt bekannt, in der vergangenen nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 20.03.2024 habe der Gemeinderat einstimmig (35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen) folgenden Beschluss gefasst:"

I) Beendigung der alten rechtlich selbständigen Kunststiftung Heer

1. Der Auflösung der rechtlich selbständigen Kunststiftung Heer wird zugestimmt und damit der GR-Beschluss vom 13.12.2006 zur Kunststiftung Heer (Vorl Nr. 554/06) aufgehoben.
2. Der Annahme des Vermögens der aufgelösten Kunststiftung Heer wird zugestimmt, um es ganz oder teilweise in die neuzugründende unselbständige Kunststiftung Heer einzubringen oder anderweitig für gemeinnützige Zwecke im Sinne der Kunst u. Kultur zu verwenden.

II) Gründung einer neuen rechtlich unselbständigen Kunststiftung Heer

3. Die Gründung der nicht rechtsfähigen Kunststiftung Heer mit Sitz in Ludwigsburg wird entsprechend des Stiftungsgeschäfts der Anlage 1 und der Satzung der Anlage 2 beschlossen – vorbehaltlich der Zustimmung der Stiftungsaufsichtsbehörde zur Auflösung der rechtlich selbständigen Kunststiftung Heer.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stifterin Ilse Heer die neuzugründende unselbständige Kunststiftung Heer mit rund 1 Million Euro ausstatten wird.
5. Die neue Stiftung wird von der Stadt Ludwigsburg treuhänderisch verwaltet. Die Stadt LB verzichtet bis auf Weiteres darauf, einen Ersatz der für die Verwaltung der Stiftung anfallenden Kosten zu verlangen.
6. Als Mitglieder für den Stiftungsrat werden bis auf Weiteres der/die jeweils für Kultur zuständige Dezernent/in sowie die jeweilige Leitung des Fachbereichs Kunst- u. Kultur bzw. eine von dieser benannte Vertretung benannt.
7. Die Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der rechtlich unselbständigen Kunststiftung Heer wird gemäß § 112 GemO dem Fachbereich Revision der Stadt LB übertragen.
8. Die Verwaltung wird ermächtigt, am Stiftungsgeschäft und der Stiftungssatzung der neuen unselbständigen Kunststiftung Heer redaktionelle Ergänzungen und Änderungen, die sich aufgrund stiftungs- u. steuerrechtlicher Vorschriften ergeben, vorzunehmen."

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.